

Peter Brandt

## **Gesamtgesellschaftlicher Wandel, freiheitliche und demokratische Strömungen in Deutschland 1770 bis 1848**

Deutschland lag um 1800 insbesondere gegenüber England ökonomisch deutlich zurück, doch hatten sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auch hierzulande das wirtschaftliche Wachstum und der soziale Wandel deutlich beschleunigt; sie waren infolge der konfessionellen Spaltung, der territorialstaatlichen Zersplitterung, des weitgehenden Ausschlusses vom Welthandel und nicht zuletzt der Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges lange gebremst gewesen. Im Unterschied zu der relativen Offenheit und Durchlässigkeit in den höheren Schichten der englischen Gesellschaft blieben die ständischen Schranken in Deutschland, nur sehr schwer überwindbar, bestehen. Feudale Agrarstrukturen, das handwerkliche Zunftwesen und eine anachronistische staatliche Verfassung – das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als lockerer lehnsrechtlicher Verband von ca. 300 Fürstentümern, etlichen freien Städten und Tausenden von Reichsdörfern, Reichsritterschaften und Reichsklöstern, der kaum Anknüpfungspunkte für die Herausbildung eines Nationalstaats bot – hemmten die Entfaltung der neuen dynamischen Kräfte.

Agrarische Verbesserungen, namentlich der Kartoffelanbau, verursachten zusammen mit besserer Hygiene und medizinischem Fortschritt eine Beschleunigung des Bevölkerungszuwachses. Da mehr als zwei Drittel der Erwerbsbevölkerung ganz oder überwiegend landwirtschaftlich tätig waren und der weitaus größte Teil des gesellschaftlichen Reichtums im Agrarsektor erarbeitet wurde, kam landwirtschaftlichen Innovationen jeder Art eine entscheidende Bedeutung zu. Ohne Umwälzung der Agrarverfassung und der landwirtschaftlichen Methoden war eine gesamtgesellschaftliche Veränderung nicht möglich. Das galt für die Rentengrundherrschaft, wo die Verhältnisse für die Bauern meist weniger drückend waren, ebenso wie für die ostelbische Gutsherrschaft. Das wurde dann eines der zentralen Themen des frühen und mittleren 19. Jahrhunderts.

Die Mehrheit der gewerblich Beschäftigten (um 1800 knapp ein Viertel der Erwerbsbevölkerung) arbeitete im Handwerk, davon zwei Drittel als selbständige Meister. Zahlenmäßig reichte das ländliche, vor allem im Westen und Süden, schon an das

städtische Handwerk heran. Neben dem Außenhandel bzw. dem Handel der deutschen Staaten untereinander expandierten im gewerblichen Bereich vor allem die Betriebsformen der Manufaktur und des Verlags, beide technologisch noch auf handwerklichem Niveau. Der Ausbreitung der im Auftrag eines kaufmännischen „Verlegers“ betriebenen, meist ländlichen Heimarbeit, die am Ende des 18. Jahrhunderts stark zunahm, wird heute teilweise die Bedeutung einer „Protoindustrialisierung“ zugesprochen. Den Übergang zur „Industriellen Revolution“ wird man für Deutschland jedoch nicht vor den 1830er oder 1840er Jahren ansetzen können mit dem Deutschen Zollverein und dem Beginn des Eisenbahnbaus.

Die Jahrzehnte davor lassen sich als Vorbereitungsphase bestimmen, weil die Kapitalisierung der Landwirtschaft, namentlich in Preußen mit dem Einsetzen der Ablösungen der bäuerlichen Arbeitsdienste in größerem Umfang, an Intensität und Tempo gewann und weil der gewerbliche Sektor gegenüber dem agrarischen langsam expandierte. Wichtiger noch waren der Aufbau einer adäquaten Infrastruktur und die, von Staat zu Staat mit unterschiedlichem Nachdruck betriebenen, zur Auflösung des grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisses und zur Beseitigung des Zunftzwangs in den Städten tendierenden ökonomisch-gesellschaftlichen Reformen, die die administrativen Bedingungen für die beschleunigte Industrialisierung schufen. Auch die Bildungseinrichtungen, die Verwaltung und das Rechtswesen, alles im internationalen Vergleich auf hohem Standard, spielten eine positive, allerdings schwer zu messende Rolle.

Bereits um 1800 bestand mindestens die Hälfte der Bevölkerung aus ländlichen und städtischen unterständischen Gruppen. Die im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts immer eingehender diskutierte Massenarmut, der „Pauperismus“, war kein Resultat der Industrialisierung, wohl aber ein neues, die traditionelle Armut der Frühen Neuzeit in Ausdehnung und Formen übertreffendes Phänomen des Übergangs: Die alte Gesellschaftsordnung war schon weitgehend aufgelöst, Kommerzialisierung und Kapitalisierung schritten ständig voran, aber die Industrie war noch nicht imstande, die überzähligen Kleinmeister und Gesellen als Facharbeiter, die städtischen Tagelöhner und die Landarmut als An- und Ungelernte aufzunehmen. Das Handwerk war dramatisch überbesetzt; in der Agrarwirtschaft entstanden viele neue Kleinbauernstellen. Die verlegte Heimarbeit dehnte sich zunächst noch weiter aus, bis sie mit der englischen, teilweise

auch schon deutschen fabrikindustriellen Unterbietungskonkurrenz konfrontiert wurde und in ein Stadium des Niedergangs geriet.

Der schlesische Weberaufstand von 1844, eine elementare Revolte mit vormodernen Protestelementen, einem noch nicht kalkulierten Konfliktverhalten, war die größte Erhebung des Vorproletariats in Deutschland. Es kam ungefähr gleichzeitig zu einer Häufung von Lohnstreiks einzelner Berufsgruppen und im Eisenbahnbaum auf der Köln-Mindener Strecke, schon zu einem Streik von 2000 Arbeitern.

Zurück ins 18. Jahrhundert: Große Bedeutung kam der pädagogisch orientierten Reformbewegung der Aufklärung zu; auch die Protesthaltung gerade von dezidierten Vertretern bürgerlichen Selbstbewusstseins seit dem „Sturm und Drang“ hatte die Aufklärung zur Voraussetzung. Der „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (I. Kant) bedurfte einerseits der Bereitschaft der Individuen zur eigenständigen Reflexion und andererseits des diskursiven Austauschs der Privatmeinungen in der Öffentlichkeit. Grundsätzlich war der „Bürger“ der Aufklärung nicht nur stände-, sondern auch klassenübergreifend definiert, faktisch und bisweilen sogar ausdrücklich schloss er aber die Landbevölkerung, die städtischen Unterschichten und das Kleinbürgertum aus. Der aufgeklärte Bürger sollte sowohl ein „sittlicher“, als auch ein „tätiger“, auf Leistung im Arbeitsleben wie auf Einsatz für das „gemeine Wohl“ orientierter Mensch sein. Konkrete Verbesserungen wurden in allen gesellschaftlichen Bereichen angestrebt und betrieben. Die Herausbildung einer Öffentlichkeit, wie es sie vorher nicht gab, war untrennbar verbunden mit der Entstehung einer deutschen Kulturnation (Weiterentwicklung der deutschen Hochsprache in Absetzung gegen die dialektverhaftete Volkskultur wie gegen die französisch-sprachige Adelskultur, Entwicklung von Nationalliteratur und Nationaltheater).

Es war hauptsächlich die umfassende Vereinsbewegung, durch die die überständische, zunehmend gesamtnationale Kommunikation der Aufklärung im Schoße der feudal-absolutistischen Ordnung die neue bürgerliche Gesellschaft ausformte. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren es neben den Freimaurerlogen zuerst die „Ökonomischen“ und „Patriotischen Gesellschaften“, die sich um praktische Verbesserungen bemühten, dann die seit den 1770er Jahren aus dem Boden schießenden „Lesegesellschaften“, denen es sowohl um die gemeinsame Anschaffung der auch für Vertreter des gehobenen Bürgertums häufig kaum erschwinglichen Literatur als

auch um die Diskussion des Gelesenen ging. Die Gründung von Lesegesellschaften war nur ein Teilprozess eines allgemeineren Vorgangs, der u.a. die Kommerzialisierung und quantitative Ausweitung der Buchproduktion, des Buchhandels und des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens sowie die allgemeine Veränderung des Leseverhaltens umfasste.

„Patriotismus“ lautete der Schlüsselbegriff des politischen Selbstverständnisses der Gebildeten im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts. Damit war nicht nur eine Einstellung, sondern auch eine Haltung tätiger Anhänglichkeit gemeint, was den Wunsch nach – wie auch immer – freiheitlicher Gestaltung und bürgerlicher Wohlfahrt in dem jeweiligen Gemeinwesen beinhaltete, verbunden in der Regel mit einer gleichzeitig kulturellen und ausgeprägt kosmopolitischen Tendenz. Bereits für die Zeit seit 1770 lässt sich die Entstehung politischer Strömungen in Deutschland konstatieren, die am Vorabend der Französischen Revolution bereits im Wesentlichen ausgebildet waren. Die Forderung nach „Freiheit“ richtete sich einerseits mit wachsender Schärfe gegen die feudalen Privilegien des Adels und andererseits auch zunehmend gegen „Fürstenwillkür“, insbesondere gegen Eingriffe in die Justiz.

In der ersten Phase löste die Französische Revolution von 1789 bis in die Aristokratie hinein Begeisterung aus, doch diese Stimmung kippte spätestens mit der Radikalisierung des Jahres 1792, jedenfalls unter den etablierten Intellektuellen. Im Unterschied zu den gemäßigten Liberalen ließen sich die sog. „deutschen Jakobiner“, besser: Republikaner, von der Diktatur des Pariser Wohlfahrtsausschusses nicht abschrecken, auch wenn sie diese nicht unbedingt in allen ihren Aspekten begrüßten. Sie bekannnten sich bei allen Differenzierungen zur Volkssouveränität, zur egalitären Demokratie, nicht unbedingt auch zur Notwendigkeit der revolutionären Aktion. Obwohl auch hier das Bildungsbürgertum vorherrschte, gehörten erstmals Handwerker und Bauern den politischen Klubs („Volksgesellschaften“) an, die im westelbischen Deutschland auch quantitativ kein ganz unbedeutender Faktor waren. Die republikanische Welle in der jungen Intelligenz der 1790er war namentlich an den Universitäten unübersehbar.

Gruppenbildungen sind u.a. für Hamburg, Wien und Süddeutschland, vor allem aber für das linksrheinische Gebiet nachgewiesen. Dort, in Mainz, begründeten die Anhänger der Französischen Revolution 1793 nach der Besetzung der Stadt durch deren Truppen für einige Monate die erste demokratische Republik auf deutschem Boden. Mit dem zwischenzeitlichen Vorrücken preußischer Truppen ging diese Episode zu Ende. Die

Anhänger der Mainzer Republik gerieten unter Verfolgungsdruck, bis die Franzosen 1795 erneut zum Rhein vorstießen und das linksrheinische Gebiet für 20 Jahre an Frankreich angegliedert wurde.

Insgesamt blieben die „deutschen Jakobiner“ jedoch als eine Minderheit der Gebildeten von den breiten Volksschichten weitgehend isoliert. Zwar sind für die Jahre vor und während der Französischen Revolution Volksunruhen und -aufstände, teils der städtischen Unterschichten, teils der Agrarbevölkerung, in verschiedenen Regionen Deutschlands, vor allem im Rheinland, in Sachsen und in Schlesien, nachgewiesen. Doch waren sie stets örtlich beschränkt, und es gelang den Revolutionären auch nicht, ihnen eine bewusst politische Ausrichtung zu geben. Während sie von den französischen Militärbehörden faktisch mehr und mehr behindert wurden, blieben die deutschen Republikaner dennoch stets auf französische Unterstützung angewiesen.

Doch als die Ansätze einer von Frankreich abhängigen Revolution von unten abgewürgt waren, begannen mit der territorialen Neuordnung die rheinbündischen und preußischen Reformen von oben, die – in jeweils unterschiedlicher Stärke – alle gesellschaftlichen Bereiche erfassten oder erfassen sollten. Im Vordergrund stand in Süd- und Westdeutschland die Integration großer dazugewonnener Gebiete, die Durchsetzung der Staatlichkeit überhaupt; in Preußen ging es zuerst um die Verbesserung der staatlichen Leistungsfähigkeit angesichts der aus militärischer Niederlage und Friedensschluss erwachsenden Verpflichtungen. Trotz der offensichtlichen Kontinuitäten zum Aufgeklärten Absolutismus stellten die Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine neue Qualität dar: Im Unterschied zum 18. Jahrhundert erreichten sie, systematisch aufeinander bezogen, eine solche Intensität, dass sie der neuen, zugleich staatsbürgerlichen und marktkapitalistischen Gesellschaftsordnung weitgehend freie Bahn bereiteten. Sie hatten einen systemverändernden Charakter.

Was der deutschen Staatenwelt um die Wende zum 19. Jahrhundert widerfuhr, war gewissermaßen eine Revolution von außen, ihr Hauptagent Napoleon Bonaparte, der Überwinder und zugleich Vollender der Revolution in Frankreich selbst. Nachdem das Reich 1801 offiziell und endgültig das linke Rheinufer abgetreten hatte, sollte eine Reichsdeputation die vertragsmäßige Entschädigung der linksrheinisch Depossidierten festlegen. Aus dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 ergab sich eine territoriale Umwälzung der deutschen Landkarte, deren wichtigste bleibende Elemente die

Säkularisierung sämtlicher geistlicher Herrschaften, die Mediatisierung der kleineren und zahlreichen kleinsten Reichsstände und damit die Entstehung arrondierter Mittelstaaten in Süd- und Südwestdeutschland waren. De facto kam das bereits der Zerstörung des Alten Reiches gleich und führte binnen dreieinhalb Jahren auch zu dessen Auflösung.

Nachdem Napoleon die Armeen von Österreich (1805) und Preußen (1806/07) vernichtend geschlagen und Preußen einen äußerst harten Friedensvertrag aufgezwungen hatte, wurde der Reformdruck auf die deutsche Staatenwelt übermächtig, und in dieser außergewöhnlichen Situation kamen Staatsmänner zum Zuge, die unter anderen Umständen keine Chance gehabt hätten oder zumindest nicht in demselben Ausmaß erfolgreich gewesen wären. Den Freiherrn vom Stein und Hardenberg, den leitenden Staatsmännern Preußens, sind Montgelas für Bayern und Reitzenstein für Baden an die Seite zu stellen.

Die Reformen schufen nicht nur eine moderne Regierungs- und Verwaltungsorganisation, machten die Bürokratie zur politisch herrschenden Schicht und trugen mit der Trennung der Justiz von der Verwaltung einem auch ökonomischen Bedürfnis nach Kalkulierbarkeit Rechnung. Mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung und unterschiedlichem Erfolg gestalteten sie in den Bereichen der Steuer- und Zollgesetzgebung, der Judenemanzipation, der kommunalen Selbstverwaltung, des Bildungswesens, der Heeresorganisation, der Agrarwirtschaft und des Gewerbes die überkommene Ordnung. Abgesehen davon, dass die Reformperiode in den west- und süddeutschen Rheinbundstaaten früher begann, dürfte es kaum möglich sein, den modernisierenden Effekt der rheinbündischen Reformen gegenüber den preußischen durchweg höher zu veranschlagen. Während die ständischen Privilegien des Adels in den Rheinbundstaaten weitergehend abgeschafft wurden, ging Preußen in der liberal-kapitalistischen Entfesselung der Wirtschaft auf dem Lande und in den Städten erheblich weiter. Bis zu einem gewissen Grad substituierte die Reformbürokratie die in der Gesellschaft durchaus vorhandenen, aber noch nicht hinreichend starken und reifen, fortschrittlichen, vor allem bürgerlichen Kräfte.

Am Ende behielt der Adel hier wie dort erheblichen, ja lange noch dominierenden Einfluss, auch wenn er als feudaler Stand keine Perspektive mehr hatte. Die deutschen Einzelstaaten berücksichtigten von nun an mehr und mehr die Erfordernisse des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft, dominierten aber gerade in der Art der

Gestaltung von Neuerungen die Zivilgesellschaft. Der Verwaltungs-, Rechts- und zunehmend auch Verfassungsstaat blieb zugleich Obrigkeitsstaat, und das war ein Erbe der Reformära nach 1800 mehr noch als des Absolutismus, was nicht heißt, es hätte nicht mehrfach Möglichkeiten gegeben, dieses Grundmuster der modernen deutschen Geschichte zu verändern, so etwa in der Revolution von 1848/49.

Zwischen 1807 und 1812 beherrschte bzw. kontrollierte die napoleonische Militärmonarchie den größten Teil West-, Süd- und Mitteleuropas, presste die Völker der abhängigen und verbündeten Staaten zum Waffendienst und versuchte, die Handels- und Wirtschaftspolitik der europäischen Regierungen den Interessen Frankreichs strikt unterzuordnen. Die repressiven und ausbeuterischen Züge der napoleonischen Hegemonie traten gegenüber den modernisierenden und emanzipatorischen immer mehr in den Vordergrund, und etwa ab 1810 wandte sich die allgemeine Stimmung in den deutschen Staaten deutlich gegen das französische Kaiserreich.

Der Versuch Napoleons, mit Russland einen weiteren potentiellen Gegner militärisch auszuschalten, scheiterte 1812 katastrophal und leitete das Ende des napoleonischen Herrschaftssystems ein. Anfang 1813 begannen Unterschichten-Unruhen in verschiedenen Teilen Deutschlands, so z.B. auch in Hanau, die teilweise in regelrechte Aufstände übergingen. Der Übertritt Preußens auf die Seite der Gegner Napoleons, die enorme Spendenbereitschaft der preußischen Bevölkerung, die breite militärische Mobilisierung und die Schaffung von teilweise guerillaähnlich operierenden Freiwilligenverbänden gaben den letzten antinapoleonischen Kriegen Züge einer Volkserhebung, zumindest in Nord- und Ostdeutschland.

Es waren Männer wie der Philosoph Fichte, der als „Turnvater“ bekannte Jahn und der Publizist Ernst Moritz Arndt, die im Vorfeld der antinapoleonischen Befreiungskriege und währenddessen das neue Volks- und Nationsdenken propagierten, und von Arndt stammen einige der wütendsten Hasstiraden nicht allein gegen den „Despoten“ Napoleon und sein System, sondern gegen die Franzosen schlechthin, Äußerungen, von denen er eine mobilisierende Wirkung erwartete.

In Arndts Pamphleten wurde mit der Aufstachelung gegen die fremden Unterdrücker indessen noch etwas anderes verkündet: die Majestät des Volkes nach innen, gegenüber seinen einheimischen Herrschern. Das Volk sei nicht da, damit es Fürsten gebe, sondern

diese seien nur da „als Diener und Beamte des Volkes, und dass sie aufhören müssen, sobald das Volk ihrer nicht mehr bedarf, oder sobald sie sogar das Verderben dieses Volkes sind“. Das ethnische Volk wurde von Arndt also gleichzeitig als Demos gedacht, wie über die folgenden Jahrzehnte implizit auch bei vielen Anderen.

Das 1814/15 auf dem Wiener Kongress begründete neue internationale System, beruhend auf der Solidarität der etablierten Mächte gegen die Kräfte der Revolution – und dazu zählte man den Nationalgedanken –, enttäuschte die in den bürgerlichen Schichten verbreiteten, wenn auch vagen liberalen und nationalen Hoffnungen. Anstelle des 1806 aufgelösten Alten Reiches entstand der Deutsche Bund, ein Zusammenschluss souveräner Staaten – 37 Fürstentümer und vier Freie Städte – mit einigen bundesstaatlichen Zügen; er präsentierte sich hauptsächlich über die von ihm betriebene massive und kleinliche Unterdrückung der liberalen und nationalen Regungen vor allem seitens der Burschenschaftsstudenten nach 1819 und 1832.

Mit den seit 1808 gegründeten frühnationalen Bündeln, insbesondere den ersten Turngemeinden, eng verknüpft, entwickelten sich die studentischen Burschenschaften nach 1814/15 zum Kern der politischen Opposition des Bürgertums. Die Burschenschaften, deren Gründer fast durchweg aus der Kriegsfreiwilligen-Bewegung von 1813-15 kamen, verbanden die philosophisch-sittlich und religiös begründeten Prinzipien akademischer Sittenreform mit den neuen emanzipatorischen Ideen.

Aus dieser ersten bürgerlich-politischen Vereinigung auf nationaler Ebene – vor ihrem Verbot über ein Drittel der Gesamtstudentenschaft Deutschlands – gingen 1817/18 das erste deutsche Nationalfest (Wartburgfest am 18./19. Oktober 1817) und zwei programmatische Dokumente hervor, die als die frühesten Parteiprogramme erstens des gemäßigten nationalen Liberalismus und zweitens der radikalen Nationaldemokratie gelten können. Viele Führer und Aktivisten späterer politischer Gruppierungen, vornehmlich des Liberalismus, aber auch der radikal-demokratischen Linken und in manchen Fällen auch des Konservativismus, kamen aus den Burschenschaften. Nach ihrem Verbot 1819 (Karlsbader Beschlüsse) verlor der Studentenprotest an Dynamik und politischer Bedeutung, lebte in den Jahren um 1830 aber erneut auf.

Die Diskussion über moderne geschriebene Verfassungen – Konstitutionen – hatte hierzulande einen ersten Anstoß erhalten durch die amerikanische Unabhängigkeits- und



Verfassungsrevolution seit den mittleren 1770er Jahren, hatte aber erst mit der französischen Revolutionsverfassung vom September 1791 klarere Konturen angenommen. Dieser intellektuelle Diskurs hörte seitdem niemals auf, wurde vielmehr beinahe kontinuierlich intensiver, und in den 1820er und 1830er Jahren wurde der Verfassungsvergleich geradezu populär. Verfassungen als konstitutionelle Fundamentalgesetze gab es nach Vorläufern unter dem Einfluss des napoleonischen Frankreich seit 1814 in einer Reihe nord-, mittel- und vor allem süddeutscher Staaten, teils von oben oktroyiert, teils zwischen den Herrschern und ständischen oder bürgerchaftlichen Vertretungskörperschaften vereinbart. Das Großherzogtum Hessen mit der Hauptstadt Darmstadt erhielt seine Verfassung 1820, während im Kurfürstentum Hessen-Kassel, wo die politische Reaktion ab 1814 besonders tolle Blüten getrieben hatte, 1831 eine von den Zeitgenossen als besonders fortschrittlich angesehene Verfassung erstritten wurde. Damit befand sich Hessen-Kassel im Ensemble einer weiteren Reihe von Verfassungsgebungen dieser Jahre. Preußen tat diesen Schritt erst Ende 1848 im Gefolge der Revolution, doch geschah das schon im Zuge einer gegenrevolutionären Offensive der Staatsspitze.

Der deutsche Frühkonstitutionalismus, also die Verfassungen zwischen 1814 und 1833, blieb in den formalen Bestimmungen wie in der Praxis hinter den Vorstellungen der Liberalen deutlich zurück. Das „monarchische Prinzip“, verankert in der Wiener Schlussakte des Deutschen Bundes von 1820, gewährleistete das Übergewicht der ausschließlich fürstlichen Exekutive über die meist noch nach halbständischen Kriterien und mit stark eingeschränktem Wahlrecht ausgestatteten Zweiten Kammern; in den Ersten Kammern saßen aufgrund von Geburt, Amt oder Ernennung vor allem Angehörige des höheren Adels. Die Gewaltenteilung von Regierung und Parlament sowie von Erster und Zweiter Kammer des Parlaments – alle drei Institutionen waren an der Gesetzgebung beteiligt – wurde von den Liberalen nicht nur anerkannt; sie gehörte zum Kern ihrer staatsrechtlichen Überzeugungen, sollte jedoch gleichgewichtiger konstruiert werden. Eine unabhängige Justiz als Dritte Gewalt erhielt erst nach und nach Verfassungsrang.

„Demokraten“ nannten sich nur diejenigen, die uneingeschränkte Volkssouveränität (und „Volk“ bedeutete hier: die gesamte erwachsene – männliche – Bevölkerung) forderten und bei der Lösung der zunehmend thematisierten „sozialen Frage“ vor massiven Eingriffen des (demokratisch gedachten) Staats nicht zurückschreckten. Wie die Grenzen zwischen

Linksliberalismus und Demokratie, so waren auch die zwischen dem linken Flügel der bürgerlichen Demokratie und dem Frühsozialismus und -kommunismus fließend. Aktive Unterstützung fand die radikalere Richtung außer bei einem Teil der freiberuflichen Intelligenz besonders bei den Handwerksgesellen, einer der mobilsten Sozialgruppen der Zeit.

Nach den Republikanern am Ende des 18. Jahrhunderts hatten sich schon nach 1815 (die „Unbedingten“ unter den Burschenschaftlern) und nach 1830 (der „germanische“ Flügel der Burschenschaften, Teile der west- und süddeutschen Oppositionsbewegung und der politischen Emigration) Ansätze zu einem eigenständigen demokratischen Radikalismus neben dem eigentlichen Liberalismus herausgebildet. Das Bewusstsein einer definitiven Spaltung im oppositionellen Lager entwickelte sich allerdings nicht vor den 1840er Jahren. Der radikale Impuls, der von Angehörigen einer jüngeren Generation ausging – Männern wie Arnold Ruge, Robert Blum, Johann Jacoby und Friedrich Hecker – fand in der Zuspitzung der Krise der deutschen Staatenordnung und der Verarmung große Teile der Bauern und Handwerker in den Jahren vor 1848 reichlich Nahrung.

Die dritte Welle bürgerlicher und unterbürgerlicher Opposition war 1830 ausgelöst worden durch die Französische Juli-Revolution, die Sezession Belgiens von den Niederlanden samt Verfassungsgebung und bestärkt durch die britische Wahlrechtsreform von 1832, Ereignisse, die den endgültigen Durchbruch des liberalen Verfassungsstaats in Westeuropa anzeigten.

Vor allem auf dem Territorium der ehemaligen Rheinbundstaaten ereigneten sich Anfang der 1830er Jahre kleinere und größere Unruhen, bei denen die Bevölkerung lokale Missstände zum Anlass für politische und soziale Protestaktionen nahm. Dabei hoben sich die Aktionsformen und Ziele des Bürgertums, das auf Regierungs- oder Regentenwechsel, Erlass einzelstaatlicher Verfassungen bzw. deren liberale Ausgestaltung – kurz: auf Beteiligung am politischen Prozess – drängte, deutlich von denen der Unterschichten – der armen Bauern, Landarmut, Handwerksgesellen, Tagelöhner – ab, für die Forderungen der genannten Art in erster Linie Metaphern für das Verlangen nach einem besseren Leben waren. „Freiheit und Gleichheit“ hieß dann z.B.: „Wir brauchen keinen Forstmeister, keinen Revierförster, keine Beamten mehr. Alles muss weg.“ Und „Pressfreiheit“ bedeutete die Befreiung davon, von den Oberen „gepresst“ zu werden.

Das etablierte Bürgertum wandte sich nach Erreichen seiner dringendsten Ziele sehr bald zusammen mit der Staatsmacht gegen den „Pöbel“, der vermeintlich oder auch tatsächlich Ruhe und Ordnung und vor allem das Eigentum bedrohte. Auf dem Schloss Hambach beim pfälzischen Neustadt versammelten sich Ende Mai 1832 20.-30.000 Menschen zur ersten politischen Massendemonstration der deutschen Geschichte. Sie kamen, zusammengerufen von den Gründern eines „Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der freien Presse“, kurz: „Pressverein“, dem Juristen und Publizisten Siebenpfeiffer und dem Journalisten Wirth, aus den ferneren und vor allem näheren Regionen Deutschlands, einige aus Frankreich und dem überwiegend von dem zaristischen Russland beherrschten Polen, wo im Vorjahr ein Aufstand niedergeschlagen worden war. Die Hissung der französischen Trikolore und der polnischen Fahne neben dem aus der Burschenschaft hervorgegangenen schwarz-rot-goldenen Dreifarb machte deutlich, dass die xenophoben Tendenzen der Jahre nach 1813 weitgehend überwunden waren. Es dominierte inzwischen die Auffassung, dass die Völker Europas in einem gemeinsamen Freiheitskampf gegen die etablierten Mächte stünden, eine Art Internationalismus der Nationalbewegungen, der sich in den Griechenvereinen der 1820er und den Polenvereinen der 1830er Jahre manifestierte.

Neben Bildungsbürgern und 300 Studenten aus Heidelberg gehörten Pfälzer Landwirte, namentlich Winzer, und Handwerker in großer Zahl zu den Teilnehmern des Hambacher Fests, wobei sich aus den lokalen Bedingungen gespeister sozialer Protest wiederum mit verfassungspolitischen Forderungen auf einzelstaatlicher (die Pfalz war 1815 Bayern zugeschlagen worden) und gesamtnationaler Ebene verbanden. Das umrisshaft in den Hambacher Reden benannte Programm einer föderativen deutschen Republik in einem Bund der Freistaaten Europas weist die Ausrichtung des Hambacher Fests als eine eher national-demokratische als liberal-nationale aus. In der Tat waren gemäßigte Liberale wie der bedeutende Karl von Rotteck – herausragender badischer Parlamentarier und Mitherausgeber des „Staatslexikons“, eines Grundbuchs des deutschen Liberalismus, von der Radikalität des Hambacher Geschehens in Form und Inhalt erschrocken.

Die im Hambacher Fest liegende Herausforderung wurde von den Regierenden um so besser begriffen, als es am selben Tage, wie auch während des folgenden Pfingstfests, in der Pfalz, in Hessen und Württemberg zu Volksfesten und Kundgebungen kam, die von

Tausenden besucht waren und mehrfach erst nach Einschreiten von Militär endeten. Viele Festbankette der sozial etablierten Liberalen und Demokraten, eine damals charakteristische Äußerungsweise, waren vorausgegangen. Vor allem Preußen und Österreich verlangten von Bayern strengste Maßnahmen an den Orten des Aufruhrs und die weitere Verschärfung der seit dem Beginn der „Demagogenverfolgungen“ (1819) für das Gebiet des Deutschen Bundes erlassenen Gesetze, um „den Umtrieben schamloser Revolutionäre“ ein Ende zu bereiten.

Am 28. Juni 1832 wurde am Sitz des Bundestags in Frankfurt eine Anzahl neuer – 1834 ergänzter – Bundesgesetze verkündet, die u.a. vorsahen: die Verschärfung der Pressezensur, das Verbot politischer Vereine, von Volksfesten und Versammlungen, Strafandrohung für das Tragen von Schwarz-Rot-Gold und die Errichtung von Freiheitsbäumen, Überwachung der Universitätslehrer, Unterdrückung der studentischen Burschenschaften und Sperrung des Staatsdienstes für ihre Mitglieder. Die Redner des Hambacher Fests wurden verhaftet und mit Zuchthaus bestraft.

Zwei Ereignisse im Nachgang zur Massenbewegung von 1830-32, sind hervorzuheben: der Frankfurter Wachensturm vom 3. April 1833, ein dilettantischer Putschversuch einer Gruppe radikaler Burschschafter und Angehöriger des Pressvereins, sowie die von Georg Büchner und Friedrich Ludwig Weidig 1834 verfasste Flugschrift „Der Hessische Landbote“. Der Medizin-, später auch Philosophie-Student Büchner, bereits in jungen Jahren ein herausragender deutscher Dichter, in Straßburg mit linksdemokratischem Gedankengut in Berührung gekommen, hatte dann bei der Fortsetzung seiner Studien in Gießen einen revolutionären Geheimbund gegründet, und der Butzbacher Gymnasiallehrer, Pfarrer und Verfechter des „vaterländischen Turnens“, Friedrich Ludwig Weidig, einer der wichtigsten Aktivisten und Organisatoren liberal-nationaler und demokratischer Bestrebungen in der Region prangerten in der Schrift die sozial inferiore Stellung und Unterdrückung der Landbevölkerung an und riefen zur Erhebung auf. Weidig hatte den Büchner'schen, noch entschiedeneren Entwurf durch biblische Diktion und Beispiele in eine dem Denken der Kleineigentümer und Besitzlosen angenäherte Form gebracht, zugleich ihre sozialrevolutionäre Tendenz abgeschwächt. Doch konnte diese, auch literarisch bedeutende Flugschrift nur eine begrenzte Wirkung erzielen, zumal ein Teil der Exemplare aufgrund von Verrat vor der Verteilung polizeilich beschlagnahmt wurde.

Während Büchner nach Straßburg fliehen konnte und sich später in Zürich niederließ, wo er am 19. Februar 1837 nur 23jährig an Typhus starb, begann für Weidig in der Untersuchungshaft ein langes Martyrium der Misshandlung, dem er wenige Tage nach Büchner, am 23. Februar 1837, wohl durch Suizid, zum Opfer fiel. Die Welle von Empörung und Protest, die daraufhin über die Grenzen Hessens hinaus, entstand, machte – zusammen mit dem durch Amtsenthebung geahndeten Protest der sieben hochgeachteten, im Triumph ab- und durchreisenden Göttinger Professoren, darunter die Gebrüder Grimm, gegen die Aufhebung der Verfassung des Königreichs Hannover von 1833, deutlich, dass eine so weitgehende Unterdrückung der freiheitlichen Bestrebungen wie in den 1820er Jahren aufgrund der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr möglich war.

Von einer anhaltenden nationalen, liberalen und zunehmend separierten demokratischen Massenbewegung wird man indessen erst für die 1840er Jahre sprechen dürfen: Angehörige bürgerlicher und zunehmend auch kleinbürgerlicher Schichten entwickelten in regionalen und nationsweiten Gelehrtenkongressen bzw. Sängertagen und Turnfesten neue Formen öffentlicher Demonstration und Selbstdarstellung, deren politische Stoßrichtung unübersehbar war. Liberale bzw. Demokraten aus verschiedenen Teilen des Deutschen Bundes knüpften ein Netz persönlicher Verbindungen, das – anders als frühere Ansätze – nicht mehr zu zerreißen war. Die Ausdehnung und Verdichtung der überregionalen Kommunikation schufen erst jetzt eine Kontinuität politischer Aktion auf gesamtdeutscher Ebene, zu deren Voraussetzungen nicht nur die Veränderung der politischen Atmosphäre mit dem preußischen Thronwechsel von 1840, sondern auch längerfristige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie der Ausbau und die beginnende Mechanisierung des Verkehrswesens, die vertiefte Alphabetisierung und die Ausweitung der Buch- und Zeitschriftenproduktion gehörten.

Einen Bourgeois-Liberalismus, das politische Engagement von kapitalistischen Unternehmern in der liberalen Bewegung, gab es – neben Ansätzen in Sachsen – in größerem Umfang seit den 1830er Jahren im Rheinland, wo Industrielle, Bankiers und Kaufleute, zum Teil auch Journalisten, als Sprecher eines besonders pragmatischen, machtbewussten und in Preußen die politische Opposition anführenden Liberalismus hervortraten. Zwei Führer des rheinischen Liberalismus, Ludolf Camphausen und David Hansemann, wurden nach dem revolutionären Machtwechsel an die Spitze der preußischen Exekutive berufen. Ähnlich in den anderen deutschen Einzelstaaten, wo

allerdings der Wechsel im März 1848 - anders als in den blutigen Berliner Barrikadenkämpfen am 18. März, - meist friedlich vor sich ging: Die führenden Gestalten der örtlichen Liberalen wurden mit der Regierung betraut.

Wenn man die lokale Ebene einbezieht, dann zeigt sich, dass die Basis der liberalen – und allemal der demokratischen – Bewegung über das führende Wirtschafts- und das Bildungsbürgertum, weit hinausreichte und das gesamte soziale Spektrum zwischen den besitzlosen Unterschichten und dem konservativen Adel erfasste. Insbesondere in den gemäßigt demokratischen März-Vereinen organisierten sich 1848/49 Hunderttausende.

Die Revolution von 1848/49 als gesamteuropäisches Ensemble nationaler, konstitutioneller und sozialer Emanzipationsbewegungen will ich zum Schluss nur knapp berühren. Die drei erwähnten Komponenten des Geschehens wirkten teilweise in die gleiche Richtung, so beim Sturz der alten Ordnung, konfigurierten u.U. aber auch, namentlich im deutschen Fall, wo der einheitliche Nationalstaat – mit oder ohne die deutschsprachigen Teile Österreichs, unter österreichischer oder unter preußischer Führung – gleichzeitig mit der gesamt-nationalen Verfassungsgebung verwirklicht werden musste. Die politisch stark differenzierte Nationalversammlung konnte sich nicht dazu durchringen, den Anspruch auf Vorrang gegenüber den monarchischen Einzelstaaten durchzusetzen, solange die gegenrevolutionären Kräfte noch gelähmt waren und die anfängliche relative Einheit der Vertreter des Neuen noch nicht zerfallen war. Von den einzelstaatlichen verfassungsgebenden Versammlungen musste vor allem die preußische, den mit Abstand größten, wirtschaftlich und militärisch stärksten Einzelstaat repräsentierende fast zwangsläufig sich zu einem Gegengewicht gegen die Paulskirche entwickeln.

Und als die zentralen Fragen im Frühjahr 1849 parlamentarisch geklärt waren und die Verfassung fertig war, stand diese gewissermaßen schon links von den realen Machtverhältnissen, insbesondere nach dem Sieg der Gegenrevolution in den beiden wichtigsten Einzelstaaten schon im Herbst 1848. Als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. sich dann weigerte, die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone aus der Hand der Volksvertreter anzunehmen, waren es fast nur noch radikale Demokraten und „Sozial-Republikaner“, die in einer bewaffneten Reichsverfassungskampagne das Werk der Paulskirche verteidigten. Dessen Verwirklichung hätte Deutschland mit an die Spitze der europäischen

Konstitutionalisierung gebracht, zwar nicht unmittelbar eine parlamentarische Demokratie installiert, aber wahrscheinlich einen gewohnheitsrechtlichen Weg dorthin, wie ihn etliche europäische Staaten im 19. und frühen 20. Jahrhundert begingen (nicht ohne heftigen Druck von unten), geöffnet und Deutschland somit auf einen anderen Entwicklungspfad geführt.

Ein solcher Überblick, wie er hier endet, eignet sich nicht für die Erörterung aktueller politischer Probleme. Doch macht es Sinn, abschließend zu fragen, welchen Nutzen die Erinnerung an die freiheitlichen und den Fortschritt fördernden Bestrebungen in der deutschen Geschichte hat – abgesehen von der lexikalischen Vervollständigung des fachwissenschaftlichen und des populären Geschichtsbildes.

Tradition schafft Legitimität. Das gilt für politische Parteien, Organisationen und soziale Bewegungen nicht anders als für Staaten und Nationen. Die Demokratie ist nicht 1945 als bis dahin unbekannter Importartikel aus den USA nach Deutschland gekommen, sondern sie hat auch hierzulande ihre weit zurückreichenden Wurzeln, an die angeknüpft werden konnte. Es ist bemerkenswert, dass der frühere Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Pflege des Andenkens der deutschen Freiheitsbewegungen seit der Mainzer Republik von 1793 – und die Märzrevolution 1848 besonders hervorhebend – zu seiner Sache gemacht hatte. Auch revolutionäre Vorgänge haben heute ihren anerkannten Platz in der Erinnerungskultur Deutschlands. Nun wird ein offizielles staatliches Gedenken stets die Tendenz beinhalten, die subversive Botschaft früherer Freiheitsbewegungen und -bestrebungen zu glätten. Deshalb ist es wichtig, dass die Pflege freiheitlicher und demokratischer Traditionen nicht allein den staatlichen bzw. öffentlichen Einrichtungen überlassen wird.